

Eckpunkte einer Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und dem Freistaat Bayern
über die Umrüstung des Betriebs des Forschungsreaktors München II (FRM II) auf
Brennstoff abgesenktem Anreicherungsgrad

Eckpunkte einer Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und dem Freistaat Bayern über die Umrüstung des Betriebs des FRM II auf Brennstoff mit abgesenktem Anreicherungsgrad

1. Die Bundesregierung hält eine Umrüstung des Betriebs des FRM II auf Brennstoff mit abgesenktem Anreicherungsgrad aus außenpolitischen und proliferationspolitischen Gründen für geboten. Die Bundesregierung folgt mit der Absicht der Umrüstung insbesondere auch den Empfehlungen der INFCE-Konferenz und der NVV-Überprüfungskonferenz von 2000 und sieht darin einen bedeutenden Schritt hin zu einem zukünftigen Verzicht des Einsatzes von HEU in Forschungsreaktoren.
2. Die Bundesregierung ist zu diesem Zweck auf der Grundlage des Berichts der vom BMBF eingesetzten Expertenkommission zur Prüfung der Umrüstbarkeit des FRM II vom Juni 1999 bereit mit dem Freistaat Bayern in Verhandlungen einzutreten.
3. In dem Bestreben die proliferationspolitischen Ziele und forschungspolitischen Ziele bei der Nutzung des FRM II zur Geltung zu bringen, verständigen sich die Bundesregierung und der Freistaat Bayern auf folgende Eckpunkte, die in der Verwaltungsvereinbarung festgelegt werden:
 - Der Freistaat Bayern erklärt sich bereit, den Betrieb des FRM II von Brennstoff mit hoher Anreicherung auf Brennstoff mit 40 bis 50 % Uran²³⁵ Anreicherung umzurüsten.
 - Der Freistaat Bayern unternimmt auf seine Kosten alle Anstrengungen den neuen Brennstoff beschleunigt zu entwickeln und zum Einsatz zu bringen.
 - Der Reaktor wird längstens bis 1.1.2006 mit hoch angereichertem Uran (HEU) betrieben.
 - Die Entsorgung der abgebrannten Brennelemente wird auf die direkte Endlagerung beschränkt. Eine dafür ggf. erforderliche Konditionierungsanlage liegt in der alleinigen Zuständigkeit der Bayerischen Staatsregierung. Bayern trägt die Kosten der Konditionierungsanlage. Die Konditionierungsanlage wird in Bayern errichtet.

Beschlussvorschlag

Das Bundeskabinett stimmt den Eckpunkten einer Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und dem Freistaat Bayern über die Umrüstung des Betriebs des Forschungsreaktors München II (FRM II) auf Brennstoff mit 40 bis 50 % Uran²³⁵-Anreicherung zu.

Das BMBF wird regelmäßig über den weiteren Verlauf der Verhandlungen berichten und vor Abschluss von verbindlichen Vereinbarungen Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit über das Verhandlungsergebnis herbeiführen.

Sprechzettel
für den Regierungssprecher

Das Bundeskabinett hat in seiner heutigen Sitzung Eckpunkte einer Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und dem Freistaat Bayern über die Umrüstung des Betriebs des Forschungsreaktors München II (FRM II) auf Brennstoff mit abgesenktem Anreicherungsgrad verabschiedet.

Die Bundesregierung strebt auf dieser Grundlage eine Vereinbarung mit dem Freistaat Bayern an, die den außenpolitischen Bedenken der Bundesregierung im Hinblick auf eine dauerhafte Verwendung von hoch angereichertem Uran im FRM II Rechnung trägt. Gleichzeitig soll der Neutronenforschung am Standort München und in Deutschland bei klarer Befristung des Betriebs mit hoch angereichertem Uran und anschließender transparenter Umrüstung des Reaktors auf Brennstoff mit 40 bis 60 % Uran 235 - Anreicherung eine sichere Perspektive gegeben werden.

Die Bundesregierung begrüßt die Bereitschaft des Freistaats Bayern, den Betrieb des FRM II auf Brennstoff mit abgesenktem Anreicherungsgrad umzurüsten.

Die Bundesregierung wird ferner alle internationalen Bemühungen zur Umrüstung von Reaktoren von HEU auf LEU sowie zur Unterwerfung von HEU und Plutonium aus der nuklearen Abrüstung unter IAEA-Sicherungsmaßnahmen unterstützen. Sie wird darauf hinwirken, dass alle künftig in Deutschland gebauten Forschungsreaktoren mit LEU betrieben werden.